

AMENDMENT FORM

Suggestion for amendment of Articles on Enhanced Cooperation Art 32b

By Mr Joschka Fischer

Status : - Member

IV. ENTWURF DER ARTIKEL: VERSTÄRKTE ZUSAMMENARBEIT

TEIL I DER VERFASSUNG

Artikel 32b (Verstärkte Zusammenarbeit)

(1) Die Mitgliedstaaten, die untereinander eine verstärkte Zusammenarbeit im Rahmen der nicht ausschließlichen Zuständigkeiten der Union begründen wollen, können in den Grenzen und nach den in diesem Artikel und in den Artikeln I bis P der Verfassung vorgesehenen Modalitäten die Organe der Union in Anspruch nehmen und diese Zuständigkeiten unter Anwendung der einschlägigen Verfassungsbestimmungen ausüben.

Eine verstärkte Zusammenarbeit ist darauf ausgerichtet, die Ziele der Union zu fördern, ihre Interessen zu schützen und ihren Integrationsprozess zu stärken. Sie steht gemäß Artikel L der Verfassung bei ihrer Begründung und anschließend jederzeit allen Mitgliedstaaten offen.

(2) ~~Die Ermächtigung zur Einleitung einer verstärkten Zusammenarbeit wird vom Rat als letztes Mittel gewährt, wenn dieser festgestellt hat, dass die mit ihr angestrebten Ziele von der Union insgesamt nicht innerhalb eines vertretbaren Zeitraums verwirklicht werden können und sofern an der~~ Bei einer verstärkten Zusammenarbeit sind grundsätzlich mindestens ~~ein Drittel der fünf~~ Mitgliedstaaten beteiligt ~~ist~~. Die Ermächtigung zur Einleitung einer verstärkten Zusammenarbeit ~~Der Rat beschließt~~ erfolgt nach dem Verfahren des Artikels M der Verfassung.

(3) Nur die Vertreter der an der verstärkten Zusammenarbeit beteiligten Mitgliedstaaten nehmen an der Annahme der Rechtsakte im Rat teil. An den Beratungen des Rates dürfen jedoch alle Mitgliedstaaten teilnehmen.

Ein Beschluss gilt als einstimmig angenommen, wenn ihm alle an der verstärkten Zusammenarbeit beteiligten Mitgliedstaaten zustimmen. Als qualifizierte Mehrheit gilt die Mehrheit der Stimmen der beteiligten Mitgliedstaaten, sofern diese mindestens drei Fünftel der Bevölkerung dieser Staaten repräsentiert.

(4) An die im Rahmen einer verstärkten Zusammenarbeit erlassenen Rechtsakte sind nur die an dieser Zusammenarbeit beteiligten Mitgliedstaaten gebunden. Sie gelten nicht als Besitzstand [der Union](#), der von den beitrittswilligen Ländern angenommen werden muss.